

Leitartikel

„Hände weg vom Solidaritätsbeitrag! Das ist eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit!“

„Wir haben es ja schon immer gesagt. Was „die Politik“ einmal an finanziellen Mitteln in der Hand hat, das gibt sie nicht wieder her! Genauso wird es uns auch mit dem „Soli“ ergehen.“

„Man fühlt sich „über den Tisch gezogen“, vorgeführt und nicht ernst genommen!“

„Damals eine akzeptable Idee, sinnvoll, aus der Situation geboren und von der breiten Öffentlichkeit – oft trotz nicht geringer eigener Belastungen - solidarisch mitgetragen.“

Es wird höchste Zeit, zu den zur Zeit laufenden Gesprächsbeiträgen, die aus den verschiedensten Interessengruppen und Parteien zum zukünftigen Umgang mit dem „Soli“ verlauten, ein deutliches Wort zu sagen.

Mag es ja sein, dass der Solidaritätsbeitrag als sinnvoller und dringend benötigter Förderungsbetrag für die verschiedensten, heutigen anderen Anliegen, Notlagen oder auch evtl. Liebhabereien genutzt werden könnte, aber so lassen wir nicht mit uns umgehen!

Wir wollen als Mitglieder einer demokratischen Gesellschaft mit der erforderlichen Achtung wahrgenommen, in der notwendigen Form wertgeschätzt, berücksichtigt und geachtet werden und dabei muss das Handeln – egal welcher Partei – Verlässlichkeit beweisen

und Vertrauen erzeugen (oder erhalten) und Absprachen einhalten.

Der „Soli“ hat seine Schuldigkeit getan und darf für seine Einführung, seinen Einsatz und seine Erfolge deutlich und ausgiebig gelobt werden, muss aber nach der Erfüllung seines Auftrages und mit der Würdigung der damaligen Beschlüsse zu dem ins Auge gefassten Termin, im Jahre 2019, auslaufen.

Ideen zum Ausgeben von Geld zu entwickeln, das einem selbst nicht gehört und einem für einen bestimmten Zweck anvertraut wurde, ist keine große Leistung, bedarf aber schon einer gewissen „Abgeklärtheit“, um

nicht zu sagen „Abgebrühtheit“ mit den damaligen Versprechen und Absprachen umzugehen.

Dabei beweist die teilweise gezeigte Dreistigkeit, mit der bestimmte politische Vertreterinnen und Vertreter diese finanziellen Mittel für andere Zwecke ins Gespräch bringen, eine erschreckende Gleichgültigkeit gegenüber ihrem Souverän, der deutschen Wählerschaft.

Der „Soli“ hat seinen Dienst erfolgreich getan und gehört termingerecht aufgelöst und beendet und muss zurück in die Taschen der Wählerschaft.

Neue Gedanken, andere Zielsetzungen und sinnvolle Wünsche müssen grundsätzlich neu und vertrauensvoll beraten werden und zu entsprechenden, aktuellen Beschlüssen führen.

Zusagen der Politik bedürfen der sensiblen Umsetzungen und Einhaltungen, sonst können wir uns eine verlässliche Demokratie mit den Wahlen sparen und dürfen uns nicht über eine immer geringer werdende Wahlbeteiligung wundern!!

[HWF]



Sportförderrichtlinien: **„Vechelder Marathon 2011 –?“**

Nein, die Überschrift verweist nicht auf eine neue Veranstaltung mit dem Ziel, den „IRONMAN 2015“ statt auf Hawaii, in Vechelde herauszufinden.

Dafür reichen schon die Gegebenheiten für die Disziplin „Schwimmen“ nicht aus, denn Regenrückhaltebecken, Kiesteiche, Kanal oder sogar die Aue müssten für eine derartige Aktion durch außergewöhnliche Erweiterungen verändert werden. Das würde selbst die derzeitige Einnahmesituation Vecheldes durch die vielen Grundstückverkäufe überfordern, oder?

Dennoch!

Mindestens die Eigenschaften und Fähigkeiten für die Durchführung eines Marathonläufers müssen bei den Sportlerinnen und Sportlern und den Ratsmitgliedern der CDU in Vechelde vorhanden sein:

Ohne Stehvermögen, den langen Atem, Geduld, Galgenhumor, hartnäckig neue Anstöße und Impulse zu geben und immer wieder gelassen neue Versprechen zur Kenntnis nehmen zu können, um erneut vorstellig zu werden, werden die bereits von der CDU angeordneten **SPORTFÖRDERUNGSRICHTLINIEN** für Vechelde nicht verwirklicht.

Und das ist ein starkes Stück!

Warum werden nur die Rasensport treibenden Vereine in der Gemeinde gefördert? Warum werden die Schützen und die Tennisspieler ausgeklammert?

Der 2012 gestellte Antrag der CDU, Sportförderungsrichtlinien zu entwerfen und festzule-

gen, wurde immer wieder mit fadenscheinigen und vordergründigen Argumenten verschoben.

Das mehrfache vorstelligwerden der CDU in den Gremien wurde wiederholt per Geschäftsordnungsbeschluss von der Tagesordnung genommen, in die Ausschüsse oder die Fraktionen verwiesen, nur um Zeit zu schinden und sich dem Thema – aus welchen Gründen auch immer - nicht stellen zu müssen.

Auch das Anfang 2014 gegebene Versprechen unseres „Altbürgermeisters“, im Herbst eigene Vorschläge für neue Richtlinien vorzulegen, blieb ohne konkrete Vorlagen.

Reden und Handeln fallen bei der SPD-Mehrheit weit auseinander, während die Grünen mit den Schützen aus irgendwelchen

Gründen ihre Probleme haben.

Unsere Geduld wird sehr strapaziert, aber unterschätzen Sie unsere Widerstandskraft und unser Stehvermögen im Sinne eines



Marathonlaufs nicht.

Auf jeglichen Versuch der Diskriminierung reagieren wir sehr sensibel und hartnäckig!!

[Flm/HWF]

Sorge um die Bildungsqualität - Hände weg vom Schulgesetz!

Rot –Grün in Niedersachsen will die Einheitschule und beabsichtigt mittelfristig die Abschaffung des Leistungsprinzips. Daher unsere Forderung: Hände weg vom Schulgesetz!

- Die hohe Bildungsqualität muss an allen Schulformen gesichert werden; Schüler sind bestmöglich begabungsgerecht zu fördern und zu fordern.
- Der Leistungsgedanke muss weiterhin fester Bestandteil des Bildungswesens sein.

- Vielfalt der Schulformen im Schulsystem muss im Sinne unserer Eltern- und Schülerschaft bestehen bleiben.
- Es darf kein „Abi-Light“ geben, damit jeder Abiturient im Studium bestehen kann.
- Keine Schwächung unserer Gymnasien.
- Erhalt von Förderschulangeboten in der Region; auch hier muss den Eltern die Wahlfreiheit erhalten bleiben.
- Keine Abschaffung des Sitzenbleibens!
- Keine Abschaffung der Zeugnisnoten. Dadurch fehlen den Eltern und Schülern verlässliche Rückmeldungen zum Leistungsstand.

[Flm]

Der Traum von einem Feuerwehrhaus für Denstorf / Klein Gleidingen

„Wir sind für das Feuerwehrgerätehaus in Denstorf/ Klein Gleidingen“, so lautete die Aussage einer Wahlwerbung der SPD bei der Kommunalwahl 2011.

Die Mitglieder der aktiven und erfolgreichen Feuerwehr aus Denstorf / KleinGleidingen in der Gemeinde Vechelde sahen ihr besonderes Anliegen bereits vor der Verwirklichung. Sie fühlten sich anerkannt und wertgeschätzt und begannen von **IHREM** Feuerwehrhaus zu träumen: Endlich nicht länger in einer besseren Garage die Versammlungen, Einsatzplanungen und Schulungen durchführen! Endlich eine verstärkte Anerkennung der ehrenamtlichen Arbeit und eine akzeptablere Unterkunft für die Umsetzung der Aufgaben.



Konzepte wurden entworfen, kühne Pläne gestaltet, und mit dem Wahlslogan „Wir sind für das Feuerwehrhaus in Denstorf!“ geworben.

Doch gebaut wurde: „NICHTS“!

Plötzlich wurden nach der Wahl „Einsparpotentiale“ gesehen, wo es keine gab.

Von der Mehrheitspartei im Vechelder Gemeinderat wurde überflüssig lange über die Zahl von erforderlichen Einstellplätzen geredet.

Endergebnis:

Das Projekt wurde immer teurer und kostenträglicher als ursprünglich geplant.

Fristen konnten nicht mehr eingehalten werden.

Neue Brandschutzaufgaben mussten neu berücksichtigt und eingeplant werden. Grundsteinlegungstermine verfielen und ein Baubeginn rückte in immer weitere Ferne.

Jahre gingen ins Land!

Bis heute – zu

Beginn des Jahres

2015 - sucht der Besucher der beiden Ortschaften

Denstorf /

Klein

Gleidingen

vergebens das neue

Feuerwehr-

haus.

Einzig auf das Aufstellen eines Bauankündigungsschildes fallen wir nicht herein!

Wir wollen zum Schutz unserer Bevölkerung und im Sinne der Feuerwehrkameraden/-innen Taten sehen!

[Jh]

Aufgeschnappt!!!

Neue Hoffnung für mehr Seele in unserem Rathaus!

Blumenkastenaktion aus einem neuen Blickwinkel!??

„Ich bin anders, als mein Vorgänger!“, lautet die Aussage unseres neuen Bürgermeisters Ralf Werner!

Herzlich Willkommen!

„Die Alternative!“

„Eine „halbernte“ Geschichte“

Die Menschen im Landkreis Peine und deren Kommunen kamen im vergangenen Jahr über all diese Fusionsgerüchte, regionalen Veränderungsbestrebungen und gemeindlichen Sonderwünsche nicht zur Ruhe.

„Rot-grün“ samt Landrat waren „aus dem Stand“ auf diese „Schnapsidee“ gekommen, hatten unter einer viel zu kurzfristig gesetzten Zeitvorgabe, unsensibel – ohne jegliche Art von Bürgerbeteiligung - diese ganze Diskussion ins Rollen gebracht und standen nun vor einem „Scherbenhaufen“, einem Durcheinander von regionalen Vorstellungen, Ideen, Wünschen und Beschlüssen.

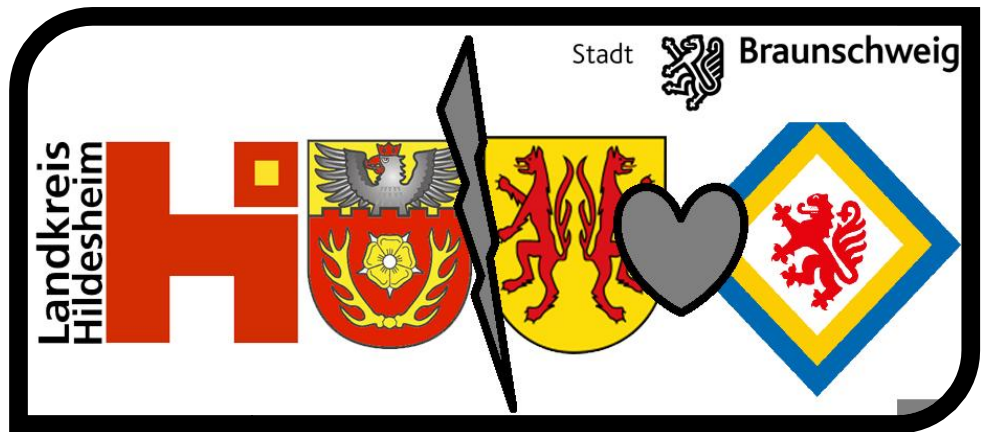
Dabei rückte aufgrund von eigenen Rats- und Fraktionsbeschlüssen in den Gemeinden ein Auseinanderbrechen des bestehenden Landkreises Peine immer näher..

„Na endlich! Wie in alten Zeiten!“, murmelten die weit über Hundertjährigen.

„Wenn über eine Sache Gras gewachsen ist, kommt sicher ein Kamel und frisst es wieder `runter!“, vermuteten Einige und erinnerten an die inzwischen gewachsenen guten Beziehungen und Kontakte im bestehenden Landkreis Peine.

„Fusion“, „Region“, „Inklusion“, stöhnten wiederum Andere „sowieso so´n neumodisches Zeug!“.

Städte zwischen Hildesheim und Braunschweig begannen in ihren Archiven nach den Plänen ihrer alten Befestigungsanlagen zu forschen, um zu ihrem Schutz alte Befestigungsanlagen wie die Wasserburg bei Vöhrum oder den Burggraben rund um den Schloßberg mit dem Kreishaus obendrauf wieder freizulegen.



Gemeinden gaben den Bau von Stadttoren und Schlagbäumen in Auftrag.

Ortschaften ließen sich aus den Steinbrüchen der näheren Umgebung Felsbrocken kommen, um ihre fossilen Stadtmauerreste zu verstärken und nicht mehr vorhandene Wehrtürme zu erhöhen.

Die Kreisvolkshochschule Peine wurde aufgefordert, Kurse für die „Aus- und Fortbildung für Wachsoldaten“ in das aktuelle Jahresprogramm aufzunehmen.

Stadt- und Gemeindeverwaltungen begannen, die aktiven Schützenvereine wieder an ihre ureigensten Aufgaben zu erinnern und beauftragten sie zunft- und gildegemäß mit der Verteidigung von bestimmten Stadtteilen und Mauerabschnitten.

Die Angelegenheit kam so langsam ins Rollen. Wir müssen ja vorbereitet sein, wenn wir auf unseren großen historischen Erfahrungsschatz mit der alten Methode „**Bischof oder Herzog**“ zurückgreifen müssen. Bei der jetzigen Situation kann man heutzutage gegenüber der regierenden Obrigkeit gar nicht misstrauisch genug sein. Man sieht ja in unserer globalen Welt, wie schnell und zahlreich handfeste und schreckliche Auseinandersetzungen entstehen.

Eines aber weiß ich gewiss:

Als Vechelder lasse ich mich nicht aus dem Braunschweiger Land vertreiben!

[HWF]